

Behörden Spiegel

newspaper

Neuzeitliche Sicherheit

Schwerpunktausgabe zum
Polizeitag in Hamburg

19. Europäischer Polizeikongress

Police 4.0

Lokaler Tatort – globale Ursache
Terrorismus – Cyber – Organisierte Kriminalität

23.–24. Februar 2016, Berlin Congress Center
www.european-police.eu

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Kontakt & Programmplanung:
Sebastian Thiel • E-Mail: sebastian.thiel@behoerdenspiegel.de • Telefon: 0228-970-97-0

Nr. 611 Berlin und Bonn

9. Dezember 2015



ISSN 1867-2000

In eigener Sache



Dezember-Ausgabe ist da

(BS) Der neue, druckfrische Behörden Spiegel ist erschienen. Im Bereich der Inneren Sicherheit besonders interessant ist ein Bericht über Planungen innerhalb des Bundesinnenministeriums (BMI) zu einem bundesweit einheitlichen und fälschungssicheren Flüchtlingsausweis. Ebenfalls spannend: Eine deutschlandweite Umfrage bei den Innenministerien zu möglichen Auswirkungen einer Rückrufaktion des Autoherstellers Volkswagen auf die Fuhrparks der Polizeien. Im Bereich des Katastrophenschutzes sticht ein ausführliches Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Wetterdienstes (DWD), Prof. Gerhard Adrian, zur neuen WarnWetter-App der Behörde heraus.

Inhalt/Themen

- Zahlreiche Aufgaben.....2
- Mehr Polizisten notwendig.....3
- Pro Bodycam.....4
- Stärkere Integration.....6

Hafen als Beispiel für vernetzte Sicherheit

(BS) Der Hafen der Hansestadt Hamburg, bei dem es sich um den größten der Bundesrepublik und den zweitgrößten europaweit handelt, ist ein gutes Beispiel für das Konzept der vernetzten Sicherheit. Davon zeigte sich Prof. Dr. Wilfried Honekamp, Professor für Angewandte Informatik an der Akademie der Hamburger Polizei, überzeugt.

Diese Idee, die der Bekämpfung von Gefahren diene, beinhaltet das Handeln mehrerer Akteure, so der Wissenschaftler. Des Weiteren ging er auf mögliche Gefahren aus dem Cyber-Raum ein, zu denen u.a. Spionage und Datenmissbrauch zählen.



Der Informatikprofessor Wilfried Honekamp von der Akademie der Hamburger Polizei sprach sich für eine Stärkung des Ansatzes der vernetzten Sicherheit aus.

Foto: BS/Feldmann

Zukunftsthema Cybercrime

In diesem Zusammenhang betonte Honekamp, dass IT-Angriffe oftmals gar nicht oder erst sehr spät erkannt würden. Zudem betonte er: "Die Computerkriminalität wird sich ausweiten." Dies begründete der Forscher beispielsweise mit dem Umstand, dass diese Delikte zunehmend auch als Dienstleistung im sogenannten Darknet angeboten und mit digitalen Währungen, wie "Bitcoins", bezahlt würden. Außerdem stellte Honekamp in Bezug auf Cybercrime unmissverständlich fest: "Das größte Prob-

lem ist der Mensch!" Aus diesem Grunde sei der Ansatz der vernetzten Sicherheit auch so eminent wichtig. Denn nur damit könne man ein ausreichendes Maß an Prävention und Problem-Awareness erreichen, zeigte sich der Hochschullehrer überzeugt. In Hamburg werde die vernetzte Sicherheit zwar bereits mithilfe eines einschlägigen Arbeitskreises verfolgt. Gleichwohl müsse diese Idee auch in der Hansestadt weiter ausgeweitet werden, forderte der Informatiker abschließend.

Für die mobile Verwaltung

Die Behörden Spiegel App

Die Behörden Spiegel App für nur 9,99 Euro im Jahres-Abonnement.

Erhältlich im App Store und im Google Play Store

Wasserschutzpolizei mit vielfältigen Aufgaben

(BS) Die Wasserschutzpolizei fungiert im Hamburger Hafen als einzige Polizeibehörde. Darauf wies der Leiter der Organisationseinheit, Frank-Martin Heise, beim Polizeitag in der Hansestadt hin. Dementsprechend viele Aufgaben müssten er und seine Kollegen wahrnehmen, berichtete der Beamte.

Dazu gehörten u.a. die Überwachung der Einhaltung der Verkehrsvorschriften im Hafengebiet, die Kontrolle von Gefahrguttransporten und die Überprüfung von Zeugnissen an Bord eingelaufener Schiffe.

Auch Grenzschutz

Ebenso sei die Wasserschutzpolizei für die Verkehrslenkung auf dem Hafengelände, die Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, den maritimen

Umweltschutz sowie die Durchführung der Grenzkontrollen verantwortlich, führte Heise aus. Insgesamt sei man damit sowohl für Gefahren zuständig, die für die Schifffahrt von Dritten ausgehen ("Security") als auch für solche Gefahren, die von dieser oder der Ladung ausgingen ("Safety"), erläuterte der Polizist. Aus diesem Grunde zeigt er sich auch überzeugt: "Wir sind ein integraler Bestandteil der Hamburger Polizei und eine vernetzte Polizei." Anspruch seiner Behörde sei es dabei immer, Sicherheit aus einer Hand zu bieten, unterstrich Heise.

Hierbei helfe auch die "Hafen-Sicherheitskommission", die alle sechs Monate zusammenkomme und "gelebte vernetzte Sicherheit" sei, schloss der Leiter Wasserschutzpolizei.



Der Chef der Hamburger Wasserschutzpolizei, Frank-Martin Heise, beschrieb die umfangreichen Aufgaben seiner Behörde.

Foto: BS/Feldmann

Cybercrime als Zukunftsthema

(BS) "Das Leben verlagert sich ins Netz", stellte der Vizepräsident der Hamburger Polizei, Reinhard Fallak, auf dem Polizeitag des Behörden Spiegel in der Hansestadt unmissverständlich klar. Aus diesem Grunde werde die Internetkriminalität in Zukunft auch immer mehr an Relevanz gewinnen, so der stellvertretende Behördenleiter weiter. Zudem berichtete Fallak über das von ihm geleitete Führungs- und Einsatzzentrum, das bei einer Terrorlage seine Arbeit aufnehmen würde. Daran sind neben der

Polizei u.a. die Feuerwehr, die Bundespolizei, die Bundeswehr, das Landesamt für Verfassungsschutz und die Deutsche Bahn beteiligt. Des Weiteren erläuterte der Vizepräsident den seit 2002 existierenden Kooperationsvertrag zwischen Hamburg und dem Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW), dessen Umsetzung pro Jahr zu etwa 120 Hinweisen für die Polizei führe. Des Weiteren erläuterte der Beamte das seit 2013 vorhandene "Hamburger Netzwerk für Standortsicherheit", das etwa in den Themenfeldern Wirtschaftskriminalität und -spionage, IT-Sicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen tätig sei.

Datenschutz als Hemmnis

Schlussendlich führte Fallak auch noch aus, dass die Polizei Hamburg künftig eine entsprechende Infrastruktur zum Einsatz von Tablets und Smartphones sowie für die Nutzung interaktiver Streifenwagen schaffen wolle und bereits heute in den sozialen Netzwerken aktiv sei. Aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen seien Personenfahndungen über Facebook, Twitter und Co. aber momentan noch nicht möglich, monierte Fallak.



Der Vizepräsident der Hamburger Polizei, Reinhard Fallak, berichtete über verschiedene Formen der Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren.

Foto: BS/Feldmann

Städte im Fokus

(BS) Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, wies auf dem Hamburger Polizeitag des Behörden Spiegel darauf hin, dass das Thema Innere Sicherheit nach den Terroranschlägen von Paris wieder auf der Tagesordnung stehe. Zudem betonte er, dass die letzten Attentate immer in Großstädten stattgefunden hätten, da diese eine Vielzahl "weicher" Ziele böten. Darunter befänden sich beispielsweise Bahnhöfe und Flughäfen, so Radek.



GdP-Vizechef Jörg Radek wies auf Terrorgefahren für Städte hin.

Foto: BS/Feldmann

Mehr Personal erforderlich

(BS) Zum Abschluss des Hamburger Polizeitages fand eine Podiumsdiskussion zur personellen Ausstattung der Hamburger Polizeistatt. Daran nahmen unter der Moderation von R. Uwe Proll, dem Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der Hansestadt, Gerhard Kirsch, sowie der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Dennis Gladiator teil.

Der Parlamentarier machte deutlich, dass die Hamburger Polizei zu wenig Personal für zu viele Aufgaben habe und deshalb mehr Kräfte benötige. Auch Kirsch unterstrich, dass die Polizei des Stadtstaates angesichts des dortigen Bevölkerungswachstums und der Herausforderungen aufgrund des aktuellen Flüchtlingsstroms wachsen müsse.

Monetäre Anreize vonnöten

Zudem machte der Gewerkschafter darauf aufmerksam, dass die Polizei der Hansestadt ein "Attraktivitätsproblem" habe, da sie sich im Wettbewerb mit anderen Landespolizeien und der freien Wirtschaft befinde. Im Hinblick auf den mittleren Dienst sei darüber hinaus ein Nachwuchsproblem zu konstatieren, weshalb dort die



Gerhard Kirsch (GdP-Landeschef Hamburgs), R. Uwe Proll (Moderator) und Dennis Gladiator (Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, v.l.n.r.) debattierten über den erforderlichen Personalbestand der Hamburger Polizei.

Foto: BS/Feldmann

Einstellungsanforderungen immer weiter abgesenkt würden, kritisierte der GdP-Landeschef. Gladiator ergänzte diesbezüglich, dass zur Behebung dieses Problems neben einer Werbekampagne auch ausreichende finanzielle Anreize, wie etwa die Zahlung einer Ballungsraumzulage, erforderlich seien. Einig waren sich die beiden Diskutanten

schließlich in der Feststellung, dass hoheitliche Aufgaben auch weiterhin in Polizeihand bleiben müssten. Gleichwohl sprach sich der Bürgerschaftsabgeordnete auch für eine Aufgabenkritik bei der Polizei aus und Kirsch plädierte dafür, den Personalbestand der Tarifbeschäftigten zum Objektschutz nicht weiter auszudünnen.

"Nichts geht mehr ohne Strom!"

(BS) Mit dieser eindringlichen Aussage begann der General Manager für Zentraleuropa der Taser International SE, Horst G. Sandfort, seinen Vortrag über Potenziale zur Steigerung der Sicherheit bei der Polizei auf dem Hamburger Polizeitag. Zudem betonte er, dass die Sicherheitslage immer komplizierter werde und die Sicherheitsbehörden vor mehreren Herausforderungen stünden. Zu diesen gehörten seines Erachtens die Datenmenge, der Zugriff auf diese sowie deren Sicherheit. Um diese Anforderungen in Zukunft erfüllen zu können, müssten die Abläufe und Arbeitsweisen der Behörden hierzulande auf den Prüfstand gestellt werden, betonte der Industrievertreter. Des Weiteren widmete er sich sowohl der Bodycam als auch dem Elekt-

roimpuls-Distanzgerät Taser. Dabei machte er deutlich, dass die kleinen Kameras, die nur beim Begehen von Straftaten und nicht dauerhaft eingeschaltet würden, die Aggressivität von Delinquenten um bis zu 25 Prozent reduzierten.

Taser für Streifendienst

Martin Textor, ehemaliger Angehöriger des Berliner Spezialeinsatzkommandos (SEK) wiederum unterstrich, dass der Taser ungefährlicher sei als der Einsatz der Dienstwaffe. Eigentlich Bedarfsträger des Gerätes seien seiner Meinung nach die normalen Streifenbeamten, verdeutlichte der pensionierte Polizeibeamte. Dr. Thomas Schweer wiederum widmete sich der Software "Precobs". Mit dieser können

unter Zuhilfenahme mathematischer Algorithmen und statistischen Materials Wahrscheinlichkeiten für die zeitnahe Begehung erneuter Straftaten in einem bereits einmal betroffenen Gebiet benannt werden. Damit erlaubt die Technik einen effektiveren und effizienteren Ressourceneinsatz.

Uwe Demsky von der secunet Security Networks AG befasste sich mit Lösungen zur korrekten und rechtssicheren Identitätsüberprüfung per Ausweisdokument. Der Vertriebsleiter von Hewlett Packard Enterprise, Helmut Schmitt, hingegen erläuterte Analysemöglichkeiten unstrukturierter Datenmengen für den Polizeialltag. Jens Köster, Vertreter von Samsung electronics, schließlich ging auf das Programm "Samsung Knox" seines Unternehmens ein.

Gewerkschaft für bundesweite Bodycam-Einführung

(BS) Sogenannte Bodycams können nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Polizeibeamte besser vor gewalttätigen Übergriffen schützen. Anlässlich der kürzlich stattgefundenen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) forderte die Interessenvertretung bundesweite Mindeststandards für den Einsatz dieser Körperkameras, einheitliche Regelungen in allen Polizeigesetzen sowie entsprechende datenschutzrechtliche Anpassungen, wie der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek in Hamburg gegenüber dem Behörden Spiegel betonte.

Kameras haben Abschreckungseffekt

Zugleich machte er deutlich, dass die Bodycams nur an polizeibekanntem Brennpunkten eingesetzt werden sollten, wo Gewaltvorfälle gegenüber den Beamten nahezu an der Tagesordnung seien. Diesbezüglich unterstrich Radek, der auch Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei innerhalb der GdP ist: "Wir wollen keine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Diese Kameras werden erst dann zugeschaltet, wenn sich eine Eskalation abzeichnet." Die

Filmaufnahme diene im Übrigen nicht nur dem Schutz der Beamten, sondern auch der Beweissicherung, so der Gewerkschafter weiter. Geprüft werden solle zudem, ob künftig auch Tonaufzeichnungen möglich seien, verlangte Radek. Darüber hinaus sagte er: "Die positiven Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen in Hessen nach einer mehrjährigen Testphase zeigen, dass sich potenzielle Gewalttäter von der Bodycam effektiv abschrecken lassen. Dieses Signal sollte jetzt von allen Innenministern und Innensenatoren aufgenommen werden." Gleichzeitig sei es Radek zufolge aber auch unabdingbar, dass die Körperkameras nicht zu einer Verhaltenskontrolle der Polizeibeamten herangezogen werden dürften. Um dies sicherzustellen, müssten zum Beispiel angemessene Löschfristen für die Daten vereinbart werden, schloss der GdP-Vizechef.

Derweil stellte die GdP auch klar, dass sie eine allgemeine Kontingentierung von Gästekarten bei Fußballspielen in den Profiligen ablehne. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert betonte in diesem Zusammenhang: "Es kann nicht



Nach Auffassung der GdP sollten Bodycams (Foto) bei den deutschen Polizeien verstärkt zum Einsatz kommen.

Foto: BS/Feldmann

sein, dass Fußballanhänger pauschal für die Personaleinsparungen bei der Polizei bestraft werden. So kann man den wenigen Gewalttätern bei Fußballspielen nicht Herr werden." Zudem machte Plickert, der auch GdP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen ist, deutlich, dass ein solches Vorgehen gegenüber Gästefans beim Fußball "eine Bankrotterklärung der Sicherheitspolitik" sei.

Verstärktes Vorgehen gegen Internet-Hetze

(BS) Polizei und Justiz in Nordrhein-Westfalen intensivieren ihren Kampf gegen rechts-extremistische Hetze im Internet gegen Flüchtlinge und Helfer. "Im Landeskriminalamt durchsuchen 17 Spezialisten einer Task Force gezielt das Internet, um Täter zu identifizieren und Beweise zu sichern", erklärte Innenminister Ralf Jäger (SPD) dazu kürzlich in Düsseldorf. "Wer im Netz Hetze verbreitet, darf sich nicht sicher fühlen. Wir holen diese Täter aus der Anonymität des Internets und der sozialen Netzwerke", so der Ressortchef weiter.

Zur Bekämpfung von Straftaten im Internet will die Justiz ab 2016 die Zuständigkeit der Zentralstelle für Cyberkriminalität bei der Staatsanwaltschaft Köln auf das ganze Land ausdehnen, gab Justizminister Tho-

mas Kutschaty (ebenfalls SPD) bekannt. "In der Zentralstelle führen fünf Staatsanwälte die Ermittlungen bis zu einer aussagekräftigen Beweislage und sind zentrale Ansprechpartner für Polizeibehörden und die Kompetenzzentren von LKA und BKA", erläuterte der Politiker.

Bereits mehr als 100 Strafanzeigen

Die Internetexperten der LKA-Task Force haben die Sozialen Medien und Internetseiten mit vorwiegend rechtsextremistischen Inhalten im Blick. Seit Mitte Oktober haben sie bereits 105 Anzeigen wegen Hetze gegen Flüchtlinge, ehrenamtliche Helfer, Journalisten und Politiker erstattet. Von den bislang 40 ermittelten Tätern stammen zehn aus Nordrhein-Westfalen. Innenminister

Jäger führte zudem aus, dass nach Feststellung der Ermittler rechtsextremistische Hetze im Internet immer häufiger unter Klarnamen verbreitet werde. Zudem nehme die Wortwahl deutlich an Aggressivität und Schärfe zu. Aus diesem Grunde betonte Jäger dann auch: "Wir müssen eine gemeinsame Strategie gegen diese widerliche Hetze entwickeln." Und Justizminister Kutschaty unterstrich, dass das Internet nicht als Sprachrohr für Hass-Botschaften missbraucht werden dürfe. Gerade nach den Anschlägen von Paris dürfe man das Feld nicht denen überlassen, die mit rechter Hetze im Internet versuchten, die Bevölkerung pauschal gegen Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft aufzustacheln, zeigte sich der Sozialdemokrat überzeugt.

Neue Freiwillige Polizeihelfer für Hessen

(BS) Der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Werner Koch (CDU), hat vor Kurzem für die Stadt Gelnhausen sowie die Gemeinden Freigericht und Linsengericht die finanzielle Zuweisung des Landes für die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich des Freiwilligen Polizeidienstes überreicht. Die Mittel belaufen sich auf insgesamt 75.000 Euro.

Anlässlich dessen machte der hochrangige Beamte deutlich: "Ich freue mich, dass sich weitere Kommunen zu einer Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Freiwilliger Polizeidienst entschieden haben. Die Hessische Landesregierung fördert diese Kooperation, weil sie die öffentliche Sicherheit stärkt und gleichzeitig eine wichtige Möglichkeit darstellt, die Aufgaben von Kommunen effizienter und kostengünstiger zu organisieren." Zudem begrüßte Koch ge-

meinsam mit Roland Ullmann, Leiter des Polizeipräsidiums Südosthessen, sowie den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen 14 neue freiwillige Polizeihelfer im Rathaus in Linsengericht-Altenhaßlau.

Freiwilliger Polizeidienst seit 2000

Sie werden künftig in den Städten und Gemeinden Gelnhausen, Freigericht, Linsengericht, Wächtersbach, Brachtal, Mühlheim am Main und Dietzenbach ihren Dienst versehen.

Der Freiwillige Polizeidienst wurde im Jahr 2000 im Rahmen eines Pilotprojektes in Hessen eingeführt. Derzeit ist der Freiwillige Polizeidienst, der der Stärkung der öffentlichen Sicherheit sowie der Unterstützung der Vollzugspolizei dienen soll, in 98 Städten und Gemeinden mit aktuell rund 450 aktiven Helfern eingerichtet.

Schärferes Vorgehen

(BS) Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka, verlangt weitergehende Maßnahmen gegen Islamisten durch die Sicherheitsbehörden als bisher. So plädiert der Parlamentarier beispielsweise dafür, bisher den Polizeibehörden vorbehalten Befugnisse auch dem Verfassungsschutz einzuräumen. Dieser soll einem von Lischka präsentierten Papier zufolge in Zukunft ermächtigt werden, Beobachtungsdrohnen zur Überwachung von als Gefährdungen eingestuften Personen einzusetzen. Zudem wollen die Sozialdemokraten Islamisten die Nutzung von Mobiltelefonen untersagen und gegen sie temporäre Nahrungsverbote aussprechen. Zur Verhinderung von Terrorfinanzierung sollen zudem bestimmte Überweisungen und Bargeldabhebungen verboten werden.



NEUER NAME -
GEWOHNTEN QUALITÄT.

Sie als Funkprofi haben sich bei Antennen und Kopplern seit vielen Jahren nicht für irgendeinen Lieferanten, sondern für den Qualitätsführer entschieden. Umso wichtiger ist, dass Sie auch in Zukunft wissen, wo Sie die gewohnte kompromisslose Qualität im Bereich von 25 bis 174 MHz erhalten. Denn wir bei Schomandl sind stolz, dass wir diese Tradition weiterführen dürfen!

Dürfen wir Ihnen unsere Antennen, Koppler und Messgeräte vorstellen?

Schomandl GmbH & Co. KG · Burgstraße 18 · D-85604 Zorneding
+49 8106 37725 10 · sales@schomandl.com · www.schomandl.com



SCHOMANDL®

Technisches Hilfswerk soll Integrationsprojekt entwickeln

(BS) Das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium (BMI) haben die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) beauftragt, ein Projekt zur Integration und Ausbildung von Flüchtlingen und Asylsuchenden für den ehrenamtsgetragenen Einsatz im In- und Ausland zu starten. Über 100 THW-Ortsverbände haben bereits Interesse an einer Mitwirkung angemeldet.

Das neue Projekt richtet sich insbesondere an Flüchtlinge und Asylsuchende, die Interesse am THW und seiner ehrenamtlichen Arbeit haben. Sie können als Helfer aufgenommen und ausgebildet werden, sich in der THW-Jugend engagieren und in Zukunft an Übungen und Einsätzen teilnehmen. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist hierfür keine Voraussetzung. Die Mitarbeit im THW kann dabei u.a. die sprachlichen, technischen und handwerklichen Fähigkeiten der interessierten Menschen fördern. Zudem ist durch ein Engagement in einem THW-Ortsverband ein leichteres Einfinden in die deutsche Gesellschaft für die Flüchtlinge und Asylsuchenden möglich.

Langfristig auch Auslandseinsätze

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (CDU) erklärte zu dem Vorhaben: "Das Projekt ist ein gutes Angebot zur Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft. Flüchtlinge und Asylsuchende sind eingeladen, beim THW hier in Deutschland mitzu-

arbeiten und somit im Team Verantwortung für ihre Mitmenschen zu übernehmen." Perspektivisch können die neu gewonnenen THW-Helfer durch ihre Sprach- und Landeskennnisse auch die Auslandsarbeit des THW bereichern. So könnten sie beispielsweise auf freiwilliger Basis an Projekten zur Unterstützung des syrischen Zivil- und Katastrophenschutzes mitwirken, zeigte sich der Christdemokrat überzeugt.

Unterstützung für Syrien

Bestehende freiwillige Zivil- und Katastrophenschutzeinheiten in Syrien sollen vom THW durch Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in Kooperation mit den Nachbarländern, wie zum Beispiel der Türkei oder Jordanien, unterstützt und vernetzt werden. Dabei geht es etwa um Bergungs- und Räumungsarbeiten oder die schnelle Wiederherstellung der Wasser- und Stromversorgung. Diejenigen, die eines Tages dauerhaft wieder nach Syrien zurückkehren wollten, könnten durch das im THW erworbene Knowhow wiederum den dortigen Zivil- und Katastrophenschutz stärken und die Idee eines ehrenamtlichen Engagements fördern, so de Maizière weiter.

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) ergänzte: "Die allermeisten der vielen Menschen, die aus Syrien zu uns geflohen sind, wünschen sich nichts dringender als die Chance, so bald wie mög-



In die Arbeit des Technischen Hilfswerks (THW) sollen künftig verstärkt auch Flüchtlinge eingebunden werden.

Foto: BS/THW/Christine Specht

lich in ihre Heimat zurückzukehren und beim Wiederaufbau ihres Landes mitzuhelfen. Es ist auch in unserem Interesse, dass sie ihre Zeit in Deutschland nutzen können, um sich dafür vorzubereiten und weiterzubilden."

Mit dem Technischen Hilfswerk habe man in Deutschland eine einzigartige Struktur, in der jedes Jahr tausende freiwillige Helfer in den Ortsverbänden auf hohem Niveau für den Zivil- und Katastrophenschutz aus- und fortgebildet würden. Flüchtlinge in diese Ausbildungsangebote einzubinden, sei nicht nur ein Beitrag zur Integration in die Gemeinden hierzulande, sondern auch eine Investition in den Wiederaufbau Syriens, verdeutlichte Steinmeier.

Nordrhein-Westfalen verleiht Förderplakette an Unternehmen

(BS) Ralf Jäger (SPD), Innenminister Nordrhein-Westfalens, hat mehrere Arbeitgeber mit der Förderplakette "Ehrenamt in Feuerwehr und Katastrophenschutz" ausgezeichnet. Damit ehrt die Landesregierung den wichtigen Beitrag von Firmen beim Feuer- und Katastrophenschutz. "Wir danken den Arbeitgebern für die Selbstverständlichkeit mit der sie die freiwilligen Helferinnen und Helfer täglich unterstützen. Nur weil sie ihren Mitarbeitern den Rücken frei halten, können Feuerwehren und Hilfsorganisati-

onen ihre wichtige Aufgabe erfüllen", lobte der Ressortchef in Düsseldorf. Die ausgezeichneten Unternehmen kommen aus Hagen, Witten, Lennestadt, Kirchhundem, Büren, Rietberg, Kempen, Frechen, Beckum und Herzogenrath.

Teilweise Betriebschließung

Eine Jury hat zehn vorbildliche Firmen ausgewählt. Alle weisen eine langjährige und stark ausgeprägte Freistellungs- und Förderungspraxis auf. Durch diese garantieren sie

u.a., dass die freiwilligen Helfer für Einsätze, Übungen und Fortbildungen von der Arbeit freigestellt werden. In manchen Betrieben arbeiten so viele Ehrenamtliche, dass bei einem Einsatz der Betrieb zeitweise sogar schließt. Einige der ausgezeichneten Unternehmen unterstützen Feuerwehren oder Hilfsorganisationen darüber hinaus durch Spenden. "Der Feuer- und Katastrophenschutz in NRW leistet hervorragende Arbeit. Ohne den Rückhalt durch die Arbeitgeber, wäre das nicht möglich", schloss Jäger.

9. Bürgermeisterkongress

Risiken und Katastrophen in Deutschland



Foto: Freedom House, flickr.com

18. – 19. April 2016
Bad Neuenahr

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel

Beratend: Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Top Themen:

- » Notfälle in öffentlichen Einrichtungen
- » Flüchtlinge in Deutschland
- » Klimawandel
- » Ehrenamt

www.buergermeisterkongress.de

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit" und verantwortlich: R. Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann. Redaktion: Benjamin Bauer, Hartmut Bühl (Brüssel), Franz Drey, Julian Einhaus, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Tobias Henke, Carsten Köppl, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Dr. Gerd Portugall. Redaktionsassistentin: Kerstin Marmulla (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerden-spiegel.de; www.behoerenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.